

## Linke fordert Rechte für Journalisten

Bundesregierung soll Pressefreiheit sichern

Berlin (ND). Die Linksfraktion will erreichen, dass das Parlament die Bundesregierung auffordert, der Pressefreiheit wieder mehr Geltung zu verschaffen. In einem Antrag heißt es, die Pressefreiheit sei »in den vergangenen Jahren mehr und mehr eingeschränkt worden«.

Nach einem aktuellen Bericht der Hilfsorganisation Reporter ohne Grenzen ROG war die Bundesrepublik in einer weltweiten Rangliste von Platz 18 auf Platz 23 zurückgefallen und rangiert nun hinter Ländern wie Bolivien, Trinidad and Tobago und Bosnien-Herzegowina. ROG begründete die Herabstufung mit dem Eingeständnis des Bundesnachrichtendienstes, über zehn Jahre hinweg bis zum Herbst 2005 Journalisten illegal überwacht zu haben. Zudem sei es im Fall »Cicero« zu Redaktions- und Hausdurchsuchungen sowie zu einem inzwischen eingestellten Verfahren wegen »Beihilfe zum Geheimnisverrat« gegen zwei Journalisten gekommen. Nicht zuletzt führt ROG Morddrohungen gegen einen Karikaturisten sowie den zum Teil immer noch erschwerten Zugang zu Daten trotz der Verabschiedung des Informationsfreiheitsgesetzes an. Ähnliche Kritik hatten unlängst die Branchenverbände DJV und dju erhoben und eine Stärkung der Pressefreiheit gefordert.

Die Linksfraktion setzt sich nun dafür ein, dass Journalisten ungehindert und ohne Überwachung ihrer Arbeit nachgehen können. Zur Pressefreiheit gehöre allerdings auch, etwas gegen »materielle Existenznöte und Kündigungen als Folge des Verkaufs von Verlagen« zu unternehmen.

## Petition für Praktikanten fast am Ziel

48 000 unterschrieben die Internet-Eingabe

Berlin (ND). Die von der DGB-Jugend und vom Verein »fairwork« eingereichte Internet-Petition zur Regulierung von Praktika hat ihr Ziel nur beinahe erreicht. Bis zum Stichtag – dem 19. Dezember – hätten 48 000 Unterstützer den im Internet kursierenden Forderungskatalog zur Besserstellung von Praktikanten unterzeichnet, sagt Silvia Helbig von der DGB-Jugend. Nach den Richtlinien des Petitionsausschusses für das neue Instrument der Online-Eingabe wären innerhalb von sechs Wochen Laufzeit aber eigentlich 50 000 Unterstützer nötig gewesen, um eine öffentliche Anhörung zum Thema zu erzwingen.

Die DGB-Jugend ist trotzdem mit ihrer ersten Petitions-Kampagne via E-Mail und Internet-Foren zufrieden. Noch nie hätten sich so viele Internet-Nutzer an einer Online-Petition beteiligt. Daher sei man guter Hoffnung, dass auch mit nur 48 000 Unterstützern eine Anhörung zustande kommen werde, so Helbig.

Die Petition fordert vor allem eine Begrenzung von Praktika auf drei Monate und eine Mindestentlohnung von 300 Euro. Darüber hinaus sollen auch Volontariate, »Traineeships« und ähnliche Berufseinsteigerprogramme gesetzlich als Ausbildungsverhältnis gefasst, entsprechend organisiert und mit mindestens 7,50 Euro pro Stunde vergütet werden. Nötig seien auch förmliche Ausbildungsverträge, die Ausbildungsziele klar festlegten. Außerdem sollen Praktika, die vom Studienplan gefordert würden, künftig zur Regelstudienzeit gezählt werden, auch wenn sie vor oder nach dem eigentlichen Studium abgeleistet werden müssten. Dann fielen sie nicht länger aus der Bafög-Förderung heraus.

## »Nicht mit Unrecht identifizieren«

Rolf Verleger über den Nahostkonflikt, die Erklärung Shalom 5767 und Kritik an Israel

● In einer »Berliner Erklärung« fordern deutsche Juden die Bundesregierung auf, »die israelische Besatzungspolitik nicht länger zu tolerieren«. Was hat Sie dazu veranlasst?

Anlass ist die Ungerechtigkeit der israelischen Besatzungspolitik und der tiefe dunkle Schatten, den sie auf das Judentum wirft. Das Judentum, das über Jahrtausende hinweg das Gebot der Nächstenliebe hochhielt, das in der chassidischen Tradition durch freudige Erfüllung der Gebote die Heilung der Welt bewirken wollte, das über Jahrhunderte hinweg unter christlicher Herrschaft und zuletzt unter Nazi-Terror erfahren hat, was Diskriminierung bedeutet – dieses Judentum kann sich nicht mit diesem Unrecht identifizieren.

● Was finden Sie besonders schwer zu ertragen?

Das fehlende Unrechtsbewusstsein. Man findet es normal, Mauern auf fremdem Gebiet zu errichten, der palästinensischen Regierung das ihr zustehende Geld vorzuenthalten, Aktivisten umzubringen.

● Die »Berliner Erklärung« fordert auch die Beendigung des Boykotts der palästinensischen Autonomiebehörde und einen lebensfähigen Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967. Halten Sie die zweite Forderung wirklich für realistisch?

Sie ist durchsetzbar, wenn Deutschland und die EU sich entsprechend positionieren. Und sie ist wünschenswert für Israel, denn nur ein friedliches Auskommen mit den Palästinensern garantiert mittelfristig Israels Existenz.

● Ihr Aufruf wendet sich ausdrücklich auch an Deutsche nichtjüdi-



schen Glaubens und ruft sie zur Unterzeichnung auf. Warum?

Jeder sieht, dass die israelische Politik im Widerspruch zu internationalen Rechtsnormen steht. Jeder weiß auch, dass der ungelöste Nahostkonflikt die wichtigste Quelle des internationalen Terrors ist. Aber man sagt das alles ungenügend öffentlich. Dadurch brodelt es unter dem Deckel, die Diskussion wird nicht rational geführt, und dadurch – begünstigt durch die unkritische Solidarität der jüdischen Gemeinschaft mit Israels Politik – entsteht ein neuer Hass gegen Juden. Wir möchten den Leuten sagen: Hört auf, Euch da rauszuhalten. Denn seit Rabins Ermordung ist klar, dass nicht alles von alleine gut werden wird und sich in Israel selbst eine Mehrheit für eine friedliche Politik durchsetzt. Deutschland, als mächtigste Nation der EU, muss dafür aktiv werden. Wir sind überzeugt davon, dass die Mehrheit der Deutschen für Frieden und Verständigung im Nahen Osten ist. Dieser Wunsch soll laut und vernünftig werden, dafür haben wir die Initiative ergriffen.

● Wir erleben gegenwärtig eine neue Zuspitzung im Nahen Osten.

Rolf Verleger, geboren 1951, ist Professor für Neurophysiologie an der Universität zu Lübeck. Seine Kritik am Vorgehen Israels im Libanon und der Haltung des Zentralrats der Juden in Deutschland, in dessen Direktorium Verleger sitzt, fand bundesweit Beachtung. Ende November startete er die Unterschriften-Liste Shalom 5767 – Berliner Erklärung, die mehr kritische Distanz der Bundesregierung gegenüber Israels Politik fordert. Mit ihm sprach **Rolf-Henning Hintze**. Foto: privat

Meinen Sie, dass die israelische Regierung die jetzige Eskalation mitverantworten hat?

Das israelische Militär hat den Flughafen von Gaza zerbombt, es besteht eine Seeblockade, Fabriken wurden zerschossen, verderbliche Waren für den Export verrotten, das Elektrizitätswerk wurde zerbombt, die Mehrheit hat keine vernünftige Arbeit mehr, die halbe Regierung wurde deportiert, Hunderte von Menschen wurden seit Mai umgebracht. Es wirkt wie ein soziologisches Experiment über die eigene Vergangenheit: Wie reagieren Menschen unter unerträglichen Umständen in einem großen Ghetto, wenn sie an den eigentlichen Verursacher dieser Umstände nicht herankommen?

● Sie haben einmal gesagt, seit Yitzak Rabin ginge es in Israels Politik ständig bergab, es zähle fast ausschließlich die militärische Stärke. Gilt das weiterhin?

Ich lasse mich jederzeit gerne eines Besseren belehren. Als der rabiate Haudegen Yitzak Rabin und Yasser Arafat, der Pate der Flugzeugentführer, den Weg zum Frieden einschlugen, da standen mir

vor Glück die Tränen in den Augen.

● Wie bewerten Sie, dass ja auch die EU versucht, die gewählte Hamas-Regierung zu isolieren?

Diese Parteinahme war nicht klug. Die EU hat es in der Hand, ob die Welt zu einem Krieg zwischen islamisch und christlich geprägter Welt driftet oder ob wir wie kultivierte Menschen unsere Streitigkeiten durch Gespräche beilegen.

● Sie haben sich als Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden während des Libanonkrieges in einem Brief an das Präsidium gewandt und geschrieben, die israelische Regierung brauche »nicht mehr Waffen oder mehr Geld oder mehr Public Relations, sondern mehr Kritik«. Welche Wirkungen hatte dieser Brief?

Die Hauptwirkung war, dass ich durch das unerwartete Medienecho und Hunderte von Zuschriften merkte, dass ich hiermit die Meinung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung vertrete und dass diese Meinung deswegen besteht, weil Deutschland aus seiner Vergangenheit gelernt hat.

● Sie mussten Ihr Amt als Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein aufgeben, dem Direktorium des Zentralrats gehören Sie jedoch weiter an. Welche Wirkungsmöglichkeiten sehen Sie dort?

Oberflächlich betrachtet kann ich dort nicht viel bewirken, denn mein Verhalten wird als unsolidarisch angesehen. Jedoch sitzen in diesem ca. 30-köpfigen Direktorium viele nette, verständige Menschen. So mancher könnte sich inzwischen gedacht haben, dass ich so Unrecht nicht hatte mit meiner Kritik am Libanonkrieg.

## Abschied von Köhler

Bundeskanzlerin Angela Merkel verabschiedete sich am Mittwoch nach einem Treffen im Schloss Bellevue in Berlin von Bundespräsident Horst Köhler. Trotz kritischer Töne Köhlers zur Politik der Großen Koalition sieht die Regierung das Verhältnis nicht als getrübt an. Die wiederholt mahnenden Worte Köhlers begreife die Bundesregierung stets als Ansporn, sagte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm.

Foto: dpa/Villagran



## Nächstes Jahr Pässe mit Fingerabdruck

Berlin (AFP/ND). Ab November 2007 sollen in deutschen Reisepässen neben dem Foto auch zwei Fingerabdrücke gespeichert werden. Das beschloss die Bundesregierung am Mittwoch in Berlin. Damit erfülle Deutschland als eines der ersten EU-Länder eine entsprechende Verordnung aus Brüssel, erklärte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU). Für die Antragsteller sollen keine zusätzlichen Kosten entstehen, alte Pässe behalten weiter ihre Gültigkeit. Seit November vergangenen Jahres enthalten Reisepässe bereits einen Chip, auf dem bislang das Foto gespeichert wird.

Nach dem vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf werden außerdem Kinderreisepässe als Dokumente ohne Biometrie nur noch bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres ausgestellt statt wie bisher bis zum 16. Lebensjahr.

## Mit trockenem Brot gegen Rente mit 67

Magdeburg (dpa/ND). Mit ungewöhnlichen Aktionen protestiert die Industriegewerkschaft Bauern-Agrar-Umwelt (IG BAU) in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gegen die Rente mit 67. Zum einen schickt die Gewerkschaft an die Bundestagsabgeordneten in diesen Tagen Briefe mit trockenem Brot, um auf die finanziellen Nachteile für viele Betroffene aufmerksam zu machen. Zum zweiten will sie Abgeordnete für einen Tag auf Baustellen oder Steinbrüche einladen, damit diese aus erster Hand erleben, was die Erhöhung des Renteneintrittsalters für viele hart arbeitende Menschen bedeutet.

Mit den Aktionen wolle die IG BAU die Politiker bewegen, im neuen Jahr gegen die Rente mit 67 zu stimmen, sagte ihr Regionalleiter Mitteldeutschland, Ingo Thaidigsmann, am Mittwoch in Magdeburg.

## Staat umgarnt Gegner des G 8-Gipfels

Bundesregierung kündigt Jugendgipfel und mehrere Konferenzen an

Die Bundesregierung und die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern gehen auf die Gegner des G 8-Gipfels in Heiligendamm zu und versprechen Kooperation und Dialog.

Heiligendamm (Agenturen/ND). Auf einem Jugendgipfel sollen junge Leute am Rande des G 8-Gipfels im Juni die Gelegenheit bekommen, mit den Staats- und Regierungschefs zu sprechen. Das kündigte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Bernd Pfaffenbach, am Mittwoch im Ostseebad Heiligendamm an. Ferner werde es im Vorfeld des Gipfels mehrere Konferenzen zu den Themen des Gipfels mit Nichtregierungsorganisationen geben. Eine davon solle im April mit mehreren tausend Teilnehmern in

Bonn stattfinden. Der Gipfel vom 6. bis 8. Juni findet laut Pfaffenbach unter dem Motto »Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft« statt. Ein wichtiges Thema werde sein, wie globale Ungleichgewichte abgebaut und Wachstum und Wohlstand in der Welt besser verteilt werden können. Dabei werde das »Hinterherhinken Afrikas« im Fokus stehen. Deshalb sollen auch afrikanische Staaten eine Einladung zu dem Gipfel erhalten.

Auch die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern will zum G 8-Gipfel mit Globalisierungskritikern zusammenarbeiten. Den Nichtregierungsorganisationen solle ein offener Dialog und organisatorische Unterstützung bei der Vorbereitung friedlicher Aktivitäten angeboten werden, teilte

Staatskanzleichef Reinhard Meyer (SPD) mit. Hinter den Globalisierungskritikern stehen nach Einschätzung Meyers größtenteils allgemein anerkannte Organisationen mit durchaus berechtigten Anliegen wie die weltweite Bekämpfung von Aids oder die Entschuldung Afrikas. Die Mehrzahl der Gruppen sei an einer friedlichen Meinungsäußerung interessiert.

Zum G 8-Gipfel der sieben führenden Wirtschaftsnationen und Russlands werden mehrere zehntausend Globalisierungskritiker aus aller Welt erwartet. Zum Programm ihrer Protestwoche gehören ab 2. Juni Blockaden und Großdemonstrationen sowie ein Alternativgipfel, ein migrationspolitischer Aktionstag sowie ein Konzert mit Herbert Grönemeyer.

## Nachrichten

### ■ Kieler Gutachten »völlig unbrauchbar«

Berlin (dpa/ND). Das Bundesgesundheitsministerium hat das Gutachten des Kieler »Instituts für Mikrodaten-Analyse« zu den finanziellen Folgen der Gesundheitsreform für die Länder als »völlig unbrauchbar« bezeichnet. Die darin genannten Zahlen entbehren jeder fachlichen Grundlage und führten zu falschen politischen Schlussfolgerungen, heißt es in einem Brief von Staatssekretär Klaus Theo Schröder an die Gesundheitsexperten von Unions- und SPD-Fraktion. Unter anderem berücksichtige die Studie nicht den bereits heute bestehenden Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen.

### ■ Gesetz für Prostituierte wenig wirksam

Berlin (dpa/ND). Das vor fünf Jahren vom Bundestag beschlossene Gesetz für einen besseren Schutz der Prostituierten hat sich nach einer vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebenen Studie als nur wenig wirksam erwiesen. So sei es bisher »eher nicht gelungen«, Prostituierte in die gesetzliche Sozialversicherung zu bringen. Nur wenige Frauen und Männer in dem Gewerbe verfügten über einen regulären Arbeitsvertrag. Die Umsetzung des Gesetzes gehe »schleppend« voran und sei bundesweit uneinheitlich.

### ■ Gespräch über Pauli eingeräumt

München (AFP/ND). In der Spitzelaffäre um die Fürther CSU-Landrätin Gabriele Pauli hat der Bürochef von Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU), Michael Höhenberger, eingeräumt, sich bei einem Parteifreund in Mittelfranken über die Stoiber-Kritiker informiert zu haben. »Gegenstand des Gesprächs waren die Vorwürfe von Frau Pauli gegen den Ministerpräsidenten«, erklärte Höhenberger. Die Suche nach Erklärungen für das Verhalten der Landrätin seien der einzige Zweck des Telefonats gewesen. »Von einem Ausspähen oder Bespitzeln kann daher keine Rede sein.« Er habe Stoiber über das Telefonat nicht informiert und auch nicht mit ihm darüber gesprochen.

### ■ Drei Prozent mehr bei Air Berlin

Berlin (dpa/ND). Die 3100 Beschäftigten der zweitgrößten deutschen Fluggesellschaft Air Berlin bekommen von Januar an drei Prozent mehr Geld. Zudem wird über das 13. Monatsgehalt hinaus noch im Dezember ein Bonus von je 1500 Euro gezahlt, teilte das Unternehmen am Mittwoch mit. Vorherige Tarifverhandlungen gab es nicht. Air Berlin hat keinen Betriebsrat, was Gewerkschaften immer wieder kritisieren.

**Frohes Fest**

**Wir wünschen allen Kunden ein frohes und erholsames Weihnachtsfest!**

Tel.: (030) 29 78 - 16 54  
 Fax: (030) 29 78 - 16 50  
 E-Mail: shop@nd-online.de  
 www.neues-deutschland.de

**Neues Deutschland**  
ND-Shop